

Irit Neidhardt

Die radikale Linke, Israel und Palästina

Eine Collage

Wenn in der BRD das Thema Israel und/oder Palästina zur Sprache kommt, meinen eigentlich alle Beteiligten, qualifizierte Beiträge zum Gespräch leisten zu können. Gerade vor dem Hintergrund unserer NS-Vergangenheit kommt es zu einem diffusen Gefühl von Verbundenheit und beklemmender Nähe. Das verleitet natürlich zu einem quasi ExpertIn-Blick. Die radikale Linke behauptet, gerade aus ihrem egalitären Weltbild heraus und aufgrund der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einen besonderen Blick auf die beiden Gesellschaften gerichtet zu haben, deren Schicksal vorgeblich untrennbar mit unserer Geschichte zusammenhängt: der jüdisch-israelischen und der palästinensisch-arabischen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Motive die radikale Linke damit verfolgt und wodurch ihr Verhältnis zu Israel/Palästina bestimmt ist. An welchen Stellen unserer Politik spielt die Auseinandersetzung mit Israel/Palästina eine Rolle, und welche? Inwieweit gibt es einen Bezug zu israelischen und palästinensischen politischen Gruppen und zu welchen? Um diese Fragen zu beantworten, bietet es sich an, die Geschichte der radikalen Linken in Bezug zu den Ereignissen in Israel/Palästina zu setzen. Die radikale Linke »bildet« sich in der Woche, in der sich die politische Landkarte im Nahen Osten radikal verändert: in der ersten Juniwoche 1967.

Berlin, 2. Juni 1967

Anlässlich des Schah-Besuches kommt es zu einer großen Gegendemonstration, die in blutigen Auseinandersetzungen endet. Der Student Benno Ohnesorg wird von einem Polizisten erschossen. Die Linke radikalisiert sich. Später benennt sich eine der Guerilla-Gruppen nach diesem Tag – die *Bewegung 2. Juni*.

Beirut, 5. Juni 1967

»Am 5. Juni 1967 saß ich im Studentenwohnheim der Amerikanischen Universität in Beirut an meinem Schreibtisch und arbeitete an einer Seminararbeit über Ulysses von James Joyce. Meine Schwester und ich waren Studentinnen im Libanon, während der Großteil unserer Familie zu Hause auf der Westbank lebte, damals der Teil Palästinas, der immer noch zu Jordanien gehörte. [...]

Während dieser Zeit kurz nach dem Krieg von 1967 widmete ich mich auch der Ausarbeitung der Revolutionsorganisation für Frauen, schrieb Flugblätter und sprach mit Reportern, die ich in die Flüchtlingslager begleitete. [...] Ich lernte, daß das kostbare Wort ›Palästinenser‹ kontrovers verstanden wurde und eine ganze Reihe von Reaktionen auslöste. Nach und nach wurde mir bewußt, daß wir, damit man uns glaubte und akzeptierte, für uns selbst sprechen mußten, uns nicht in eine bestimmte Rolle drängen lassen durften und uns direkt der Welt stellen mußten. Erst dann würden wir in der Lage sein, aus dem flüsternden Wort ›Palästinenser‹ ein solches zu machen, das in normalem Ton geäußert werden durfte. Doch bis dahin mußten wir eine Phase durchlaufen, in der wir es in lautem Trotz herausbrüllen mußten. Nur rückblickend konnten wir zu dem Schluß kommen, daß das Schweigen der Verleumdung und der Lärm des Trotzes gleichermaßen ohrenbetäubend waren.«¹

Im Junikrieg erleiden die arabischen Staaten, die sich den Kampf für die palästinensische Sache auf ihre Fahnen geschrieben haben, eine herbe Niederlage gegenüber Israel. Die PLO bekommt durch diese politische Situation enormen Zulauf, da sich die PalästinenserInnen nicht weiter von anderen Staaten abhängig machen wollen. Die Guerilla beginnt die zweite Phase des Kampfes, die Ziele der Angriffe sind das israelische Militär in den besetzten Gebieten und innerhalb der israelischen Grenzen von 1948 sowie zivile Einrichtungen.

Tel Aviv/Jerusalem 5.Juni 1967

Die offizielle Version:

Ägypten zieht seit dem Unabhängigkeitstag Israels (15.5.) seine Truppen im Sinai zusammen, Alarmbereitschaft der Armeen Syriens, Jordaniens und des Irak. Israel macht mobil, am 19.5. teilt der Armee-sprecher mit: »Wir haben angesichts der Verstärkung ägyptischer Truppen im Sinai entsprechende Maßnahmen getroffen«². Diplomatische Bemühungen laufen auf Hochtouren, die USA fordern Israel auf abzuwarten, die Generäle drängen die Regierung, den Befehl zum Handeln zu erteilen. Am 2.6.1967, während in Berlin gegen den Schah demonstriert wird, beschließt der israelische Ministerrat für Verteidigung den israelischen Erstschlag, der jedoch nicht vor dem 5. des Monats erfolgen soll.

Die nicht-zionistische israelische Version:

»Im April 1967 eskalierte Israel die Verletzungen der Grenze in der syrisch-israelischen entmilitarisierten Zone und startete einen massiven Angriff gegen die syrischen Streitkräfte mit der Drohung, einen groß angelegten Krieg zu provozieren. In dieser Situation suchte Syrien Unterstützung bei Ägypten, mit dem es 1966 ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen unterzeichnet hatte. Ägypten antwortete mit der Truppenverlegung nach Alexandria und Ismailiyya und bat die United Nations Emergency Forces (UNEF) vom ägyptischen Territorium des Sinai abzuziehen (Israel hatte den UN Truppen die Stationierung auf seiner Seite der Grenze verweigert). Ägyptische Truppen wurden in den Sinai verlegt. Bereits 1972 haben sich die Reservegenerale Matityahu Peled und Ezer Weitzmann gegen die vorherrschende Sicht, daß Israel 1967 der Gefahr der Vernichtung gegenüberstand, ausgesprochen (Peled wies sie als »Bluff« ab und Weitzmann als »Komplex«, Ha'arets [israelische Tageszeitung, I.N.] 19. bzw. 29. März 1972), die Ägypter haben ihre Truppen in Verteidigungsstellung gebracht, geplant, um Israel davon abzuhalten, einen Großangriff gegen Syrien zu starten - nicht um in israelisches Territorium einzumarschieren.

Angesichts der Drohungen gegen Syrien hat Ägypten am 22. Mai, in Übereinstimmung mit seinen souveränen Rechten unter internationalem Gesetz handelnd, die Straße von Tiran im Golf von Aqaba für den israelischen Schiffsverkehr und den Transport stra-

tegischen Kriegsmaterials, das für Israel bestimmt war, geschlossen. Israel hat dies als casus belli betrachtet und begann seine Invasion in den Sinai am 5. Juni 1967.

[...]

Die Wochen vor dem Juni 1967 waren eine schwierige Zeit. Israels jüdische EinwohnerInnen wurden mobilisiert und, mit wenigen Ausnahmen, in der Überzeugung vereint, daß ein zweiter Holocaust geschehen werde«³

In der israelischen Gesellschaft, sowohl der jüdischen als auch der palästinensischen, mehren sich der Protest und Widerstand gegen die israelische Besatzung. Verschiedene Gruppen und Komitees bilden sich (auch gemeinsame), sie agieren innerhalb und außerhalb Israel/Palästinas.⁴

»Wir waren wenige, 1968, als wir durch die gesamte West Bank zogen und nach PalästinenserInnen suchten, die unsere Ideen teilten oder zumindest willens waren, mit uns zu sprechen. Ich bin stolz, daß Matzpen, die politische Organisation zu der ich 22 Jahre lang gehörte, immer die erste war, die den Weg für israelisch-palästinensische Zusammenarbeit bereitete. [Matzpen, die Revolutionäre Kommunistische Liga, und zuvor die Israelische Sozialistische Organisation, ist eine jüdisch-arabische antizionistische Organisation, die berühmt dafür war, in den 60er und der ersten Hälfte der 70er Jahre die einzige Gruppe in Israel zu sein, die die Okkupation bekämpfte und palästinensische Rechte verteidigte. Matzpen unterstützt die Idee eines demokratischen bi-nationalen Staates. – D.H.] Unser Genosse Khalil Tu'mee war der erste israelische Bürger – in diesem Fall ein palästinensischer Israeli – der nach Beginn der Besatzung inhaftiert wurde, weil er im Namen unserer Organisation versucht hatte, Wege zu finden, auf denen wir Kontakte mit PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten knüpfen konnten. 1968 wurde er wegen seines Treffens mit Tayseer Kuba, den Vorsitzenden der StudentInnen Vereinigung in der West Bank, zu 18 Monaten Knast verurteilt.

Wir blieben wenige, als wir mit palästinensischen AktivistInnen auf den Campussen der europäischen Hauptstädte und der USA zusammensaßen und über Dialog und Zusammenarbeit sprachen. Diese Suche nach palästinensischen PartnerInnen war für uns fast natürlich; von unserer politischen Schulung her hatten wir uns nicht auf den zionistischen Ethos bezogen, sondern vielmehr auf Beispiele linker AktivistInnen weltweit, bewußt und gewollt haben wir uns selbst vom Zionismus und seinen Werten abgeschnitten. Wir lehnten Zionismus ab und im Gegenzug hat der Zionismus uns aus der Welt des gesunden Verstands und der Rechtmäßigkeit verstoßen. Es waren, genau genommen, die Linken unter ihnen, die sich durch eine Hexenjagd auszeichneten, beinahe in einer Art, die sich mit den Anstrengungen Herzl Rosenbaums vergleichen lassen (damals Chefredakteur der *Yediot Aharonot* und ein extrem rechter Herausgeber). Es verwundert nicht, daß wir FreundInnen und PartnerInnen nicht nur außerhalb des israelischen Konsensus, sondern auch außerhalb der Nationalität, die uns aus ihren Reihen ausgeschlossen hatte, suchten.

Trotzdem trugen wir noch die Spuren der zionistischen Erziehung und der Atmosphäre, in der wir aufgewachsen waren, in uns und, als sich Naif Hawatmeh 1969 direkt an Matzpen wandte, mit dem Ziel einen Dialog zu initiieren, stieß er auf eine kalte Antwort. Naif Hawatmeh war zu der Zeit der Kopf einer linken Splittergruppe in der PFLP und gründete die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP). In Artikeln und Interviews in verschiedenen Zeitungen, einschließlich *Le Monde*, wandte er sich an Matzpen, bemüht um jüdisch-arabische Kooperation gegen Zionismus und arabische Reaktion und für einen sozialistischen Mittleren Osten. Auch wir machten verschiedene Bedingungen auf dem Weg für einen solchen Dialog. In unserer defensiven Situation war die Streitfrage um Kontakte mit palästinensischen Organisationen so wichtig für uns, daß sie der Hintergrund für die Spaltungen innerhalb von Matzpen ist; im Zuge dieses allumfassenden politischen Klärungsprozesses haben alle Fraktionen von Matzpen ihre anfänglich arrogante Haltung gegenüber diesen Dialogen nahezu komplett verlassen. [...]«⁵

Irgendwann im Spätsommer oder Herbst 1967 lernen sich meine Eltern auf einem Vortrag über den »Sechs-Tage-Krieg«, den Juni-Krieg 1967 kennen. Als ich knapp zwei Jahre später geboren wurde, gaben meine christlichen, deutschen Eltern mir den israelischen Namen Irit.

Vor dem Juni 1967, vor der Entstehung der radikalen Linken in der BRD und vor der Besetzung von Westbank, Gazastreifen, Sinai und Golanhöhen durch die israelische Armee, vor all dem, war es für die, die sich als links definierten, selbstverständlich, pro-israelisch zu sein. In der Konkret Nr. 7 /1967 schrieb Ulrike Meinhof:

»[...] Die Solidarität der Linken mit Israel kann sich nicht von den Sympathien der USA und der BILD-Zeitung vereinnahmen lassen, die nicht Israel gilt, sondern eigenen, der Linken gegenüber feindlichen Interessen. Die Solidarität der Linken schließt auch einen Mann wie Moshe Dayan [israel. Verteidigungsminister während des Juni-Krieges, I.N.] ein, wenn er ermordet werden soll, nicht aber seinen Rechtsradikalismus, seine Eroberungspolitik; so wie sie selbstverständlich mit dem arabischen Nationalismus sympathisiert, nicht aber mit Nassers Kommunistenverfolgung. [...] Wir unterdrücken die Frage nicht: Was will Israel - leben oder siegen? Als Subjekt seiner eigenen Geschichte muß es diese Frage selber beantworten.«⁶

Als sich die Linke in der BRD radikalisiert, ist sie auch nicht mehr pro-israelisch. Israels Machtdemonstration, und mehr noch seine Weigerung, die besetzten Gebiete wieder zu räumen, scheint den Deutschen willkommen. Die Springer-Presse feiert den »Blitzkrieg« als Erfolg, sehen sich doch die Konservativen durch die Stärke Israels von der Last des nationalsozialistischen Erbes befreit. Die Linke verurteilt die Besetzung und behauptet, das Opfer - oder besser: das Symbol des Opfers, nämlich Israel - sei zum Täter geworden. Auch diese Behauptung soll vom politischen Erbe befreien. Ein neues Bewußtsein hinsichtlich der Situation der palästinensischen Bevölkerung in Isra-

el/Palästina und im Exil festigt die Funktion Israels als Symbol und Antagonisten bezüglich der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit.

Die Fatah, die hier bekannteste Gruppe innerhalb der PLO, gewinnt in der Wahrnehmung der Linken an Bedeutung. Sie bezieht sich in ihrem Programm auf die anderen Befreiungsbewegungen im Trikont, u.a. in Vietnam.

Ende der 60er Jahre gründen sich verschiedene Stadtguerillas in der BRD, die den bewaffneten Kampf gegen das imperialistische (»Schweine«-)System und den »neuen Faschismus« in der BRD aufnehmen. Sie alle sind bedingungslos solidarisch mit dem palästinensischen Widerstand, teilweise bilden sie gemeinsame Kommandos.

Durch den gesamten Komplex der Solidaritätsarbeit bzw. der Auseinandersetzung mit Israel/Palästina zieht sich eine Doppelzüngigkeit, die mir so konsequent und unanfechtbar in keinem anderen Kontext innerhalb der radikalen Linken begegnet ist.

Über lange Jahre wurde bezüglich Israels nicht zwischen der Bevölkerung und der Regierung bzw. dem Staat unterschieden. In zum Teil gnadenlosen Auseinandersetzungen, die ich mit GenossInnen über Anschläge auf israelische Linienbusse, Schulen usw. geführt habe, wurde ich des öfteren mit dem Argument konfrontiert, daß es in Israel keine zivilen Ziele gäbe. Warum? Weil es eine Militärgesellschaft sei und alle ihren Dienst geleistet hätten oder in Zukunft leisten würden. Aha. Ich bin in Israel aufgewachsen, ohne daß ich mir das gewünscht, geschweige denn geplant hätte. Und wer sucht sich schon aus, wo sie oder er geboren wird? Natürlich kann auch ich in einem Bus sitzen, der gerade in die Luft geht, natürlich hat es einen Schaden in mir hinterlassen, hinter kugelsicher vergitterten Schulfenstern zu lernen, und natürlich hasse ich Sylvester bis heute, da mir der Spaß an Knallerei vergangen ist, seit Katjuscha-Raketen über meinen Kopf geflogen sind. Ich war damals zehn, ein potentiell militärisches Ziel und selbst Schuld, daß ich in Israel war. Zumindest heute bräuchte ich ja nicht zu fahren, so die politisch Korrekten, auch meine Freunde seien Mör-

der – einige sind es wirklich – und ich fahre doch. Ich lebe auch noch in Deutschland.

Um den Rassismus Israels gegenüber den PalästinenserInnen zu untermauern, wird häufig die UN-Resolution bemüht, die da besagt, Zionismus sei rassistisch. Natürlich ist er das, und da braucht es auch keine Absolution der UNO, um das feststellen zu können. Zionismus ist rassistisch, weil der Zionismus ein Nationalismus ist. Ist nicht jeder Nationalismus rassistisch? Könnte er sonst funktionieren? Da setzen sich also hundert-x VertreterInnen von Nationalstaaten hin und beschließen die Binsenweisheit, daß Zionismus rassistisch ist, und als Krone der Absurdität kommt die Linke daher und freut sich über dieses hochoffizielle Argument. Sonst ist die UNO natürlich scheiße, aber das wissen, glaube ich, alle.

Spätestens an diesem Punkt sollten wir uns auf unsere andere Zunge besinnen. Wenn es gleiche Rechte für alle gibt, wenn Nationalstaaten abzulehnen sind und die UNO ja doch nur US-amerikanische Interessen vertritt, wieso ist es dann interessant, was die UNO zum Zionismus zu sagen hat? Ist es nicht vielmehr interessant der Frage nachzugehen, wie die internationale Staatengemeinschaft auf die wahnwitzige Idee kommt sich hinzusetzen, sich den einen Nationalismus heraus zu picken und gerade den als rassistisch zu bezeichnen?

»[...] Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ›Schalom und Napalm‹ und ›El Fatah‹ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Bombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewußtseins: ›Wir haben eben Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren‹. Die neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus. Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfa-

che Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin. Unsere Solidarität wird sich nicht mehr mit verbal-abstrakten Aufklärungsmethoden à la Vietnam zufriedengeben, sondern die enge Verflechtung des zionistischen Israel mit der faschistischen BRD durch konkrete Aktionen schonungslos bekämpfen. Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen. Zerschlagen wir die direkte Unterstützung Israels durch die deutsche Industrie und die Bundesregierung, so bereiten wir den Sieg der palästinensischen Revolution vor und forcieren die erneute Niederlage des Weltimperialismus. Gleichzeitig erweitern wir unseren Kampf gegen die Faschisten im demokratischen Mantel und beginnen eine revolutionäre Befreiungsfront in den Metropolen aufzubauen.

TRAGT DEN KAMPF AUS DEN DÖRFERN IN DIE STÄDTE!
ALLE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHR-
LÄUFEN!

SCHWARZE RATTEN TW«⁷

Für die BombenlegerInnen war diese Aktion der Beginn der Guerilla in der BRD.

Während der Beschäftigung mit diesem Buch habe ich mich das erste Mal tiefgründig mit meiner eigenen Geschichte auseinandergesetzt. Waren doch immer die bewaffneten Gruppen die, an denen es zwar Kritik gab, die aber doch auch von uns allen mystifiziert wurden (und werden). Es waren diejenigen, die konsequent für ihre Ideale eintraten. So etwas imponiert mir. Wenn ich heute - im Rückblick - die Anschlagserklärungen, Flugblätter und Interviews lese, frage ich mich ernsthaft, was die Ideale waren. Bezüglich Israel/Palästina, so scheint es, ging es nie um die Menschen dort. Wenn die *Schwarzen Ratten Tupamaros Westberlin* schreiben, das Verharren der Linken und die

Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostproblems sei ein Produkt des deutschen Schuldbewußtseins, dann stellen sich mir zwei Fragen: erstens warum das Schuldbewußtsein negativ ist. Zweitens was Israel/Palästina eigentlich mit Deutschland zu tun hat. Ganz ehrlich: nehmen wir an, es hätte die Shoa nicht gegeben (ich weiß, daß es etwas ketzerisches hat), wäre die Politik des Staates Israel gegenüber den PalästinenserInnen dann besser oder schlechter?

Nicht nur das Verharren der deutschen Linken und die Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostproblems resultieren aus der Erfahrung der Nazizeit, vielmehr ist der gesamte Blick der Deutschen auf Israel und Palästina nicht loszulösen von der Shoa. Anstatt jedoch das verkrampfte Verhältnis zu Israel als normales Resultat des Vernichtungswillens gegenüber einem ganzen Volk zu akzeptieren und sich ernsthaft mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, hat die radikale Linke den Nationalsozialismus nicht nur in ihrer Rhetorik bagatellisiert. Sowohl die Zeit des Nationalsozialismus als auch die staatliche Repression gegenüber der APO und der sich bildenden radikalen Linken wurden – und werden teilweise bis heute – als Faschismus bezeichnet⁸. In seiner Biographie schreibt Bommi Baumann über das Klima der Hetze um 1970 und den Entschluß, den bewaffneten Kampf aufzunehmen:

»[...] Die allgemeine Hetze hat einfach ein Klima geschaffen, wo du mit Späßchen nichts mehr erreichen kannst. Wo sie dich so oder so liquidieren, ganz egal, was du machst. Bevor ich nun wieder nach Auschwitz transportiert werde, dann schieß ich lieber vorher, das ist doch wohl klar. [...]«⁹

Ich hatte eine Freundin, sie war so etwas wie eine Großmutter für mich. Sie hat Auschwitz überlebt. Als Kind durfte ich mich stundenlang mit ihrer Nummer auf dem Arm befassen, sie war kein Tabu, die Nummer aus Auschwitz gehörte zu ihrem Leben und zu unserer Beziehung. Eine Nummer, auch wenn sie auf einen Arm tätowiert ist, bleibt immer abstrakt. Elisheva hatte eine Enkeltochter, die hat Auschwitz nicht überlebt, sie wurde dem Arm ihrer Großmutter auf der Rampe entris-

sen und sofort geköpft. Die Großmutter und ich trafen aufeinander, als ich just so alt war wie das Kind bei der Köpfung. So vertraut mir die Nummer war, so fern waren Elishavas nächtliche Alpträume und Exzesse. Sie hat mich immer davor beschützt, nie durfte ich in ihrem Haus schlafen. Bei unserer letzten Begegnung vor ihrem Tod hat sie mir den Mantel des Schutzes entzogen. Bevor ich abreiste, sollte ich mich zu einem Mittagsschlaf hinlegen – in ihrer Wohnung. Sie ist wie vom Irrsinn getrieben durch die Wohnung geschlichen, um mein Leben bangend. Mehrmals kam sie an mein Bett, um zu hören, ob ich atmete, ob mein Hals in Ordnung sei, ob mein Leben sicher sei. Und das ist nur der Hauch des Hauches einer Ahnung wie menschenverachtend Auschwitz gewesen sein muß.

Wie paßt es zusammen, daß die, die ihre Eltern für den Nationalsozialismus anklagten, sich selbst mit den Opfern gleichstellten?

Was immer die Motivation gewesen sein mag, durch die – bewußte oder unbewußte – Gleichsetzung ihrer selbst mit den Opfern des Nationalsozialismus machten sich die GenossInnen zu Betroffenen und gaben sich eine scheinbar unanfechtbare Definitionsmacht über Gut und Böse. Sie behaupteten, aus den vom Faschismus vertriebenen Jüdinnen und Juden seien selbst FaschistInnen geworden. Diese ahistorische These hält sich teilweise bis heute, und sie hinterläßt nach wie vor den Eindruck, daß ihr Motiv die Entlastung vom politischen Erbe des Nationalsozialismus ist.

Der Jeshuv¹⁰/Palästina Januar 1933

»Damals war die zionistische Politik in Palästina stark von den – linken wie rechten – ideologischen Strömungen in Deutschland beeinflußt. In der linken Presse sprach aus fast sämtlichen Kommentaren zur Machtübernahme durch Hitler und die NSDAP ein sozialdemokratisches Solidaritätsgefühl und eine durch die Zerschlagung der Weimarer Demokratie hervorgerufene Angst. So beschränkte etwa das Mapai-Wochenblatt Hapoel Hazair seinen Blickwinkel nicht auf die den Juden drohende Gefahr, sondern beschrieb den Nationalsozialismus als ›schwarze Reaktion,

die darauf abzielt, Deutschland zu den finstersten Vorstellungen des Mittelalters zurückzutreiben«.

Die revisionistische Rechte hatte hingegen seit langem Sympathien für Benito Mussolinis Faschismus bekundet und – natürlich abgesehen von dessen Antisemitismus – gelegentlich sogar für Adolf Hitlers Nationalsozialismus. Jabotinskys Jugendbund Betar pflegte klassische faschistische Ideen und Formen. 1928 hatte der bekannte revisionistische Journalist Abba Achimeir in der Zeitung Doar Hajom eine regelmäßige Kolumne mit dem Titel ›Aus dem Notizbuch eines Faschisten«. Mit Blick auf Jabotinskys Ankunft in Palästina überschrieb er einen Artikel mit der Schlagzeile ›Zur Ankunft unseres Duce«.«¹¹

Wie wurden die Flüchtlinge und später die Überlebenden der Shoa im Yeshuv bzw. in Israel empfangen? Zwar ist der Zionismus auch in Reaktion auf den Antisemitismus in Europa entstanden, die Shoa war jedoch Ende des letzten Jahrhunderts gewiß nicht voraussehbar. Ein Ansinnen der zionistischen Bewegung war es, die neue Jüdin/den neuen Juden zu schaffen, das Gegenstück zum Diasporajuden. Dieser neue Mensch sollte stark sein, hochgewachsen, blond und blauäugig, sollte einen starken und durchtrainierten Körper haben und zu landwirtschaftlicher Arbeit in der Lage sein. Diese Vorstellungen waren deutlich an die des deutschen Wandervogels angelehnt, Pioniergeist und Erdverbundenheit gehörten dazu. Ironischer- und logischerweise entsprach der neue jüdische dem arischen Idealtypus. Nun kamen Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland und den von ihm besetzten Ländern Europas sowie später die Überlebenden der Shoa in das Land der Pioniere. Die, die früh fliehen konnten, widersprachen nicht unbedingt den Vorstellungen des »neuen Juden«/ der »neuen Jüdin«, sie kamen aber nicht vom zionistischen Ideal getrieben. Hier stellte sich der erste Bruch ein. Als später die Überlebenden aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern kamen,¹² wurde ihnen mit großer Ablehnung begegnet. Sie widersprachen in allem dem zionistischen Ideal, ihnen wurde vorgeworfen, sich wie die Lämmer zur Schlachtbank geführt haben zu lassen.

Amman, Jordanien, 29. August 1970

Schwere Kämpfe zwischen jordanischen Regierungstruppen und palästinensischen Fedayyin brechen aus, nachdem König Hussein begründet, warum er den *Rogers-Plan*¹³ angenommen hat, und in einer Radioansprache erklärt, daß er weitere Versuche palästinensischer Kampfverbände, die Souveränität Jordaniens zu beeinträchtigen, nicht dulden werde. Jordanien ist das Land, das nach Beginn der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung 1947 die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, und Sitz der palästinensischen Guerillaorganisationen. Rein demographisch ist die Hälfte der jordanischen Bevölkerung palästinensisch (damals wie heute). Vor allem die linken Gruppen, die nicht nur gegen den Zionismus, sondern auch gegen die arabische Reaktion kämpfen, fordern die arabischen Herrscher heraus. Die Kämpfe eskalieren, Vermittlungsversuche seitens der Arabischen Liga scheitern. Syrische Panzerverbände intervenieren auf seiten der PalästinenserInnen am 20. September 1970. Nachdem der jordanische König Hussein seinen Truppen den Einsatzbefehl gibt, kommt es zu einem Massaker an den PalästinenserInnen, insgesamt werden 20.000 PalästinenserInnen getötet. Die Kämpfe gehen als *Schwarzer September* in die Geschichte ein. Die palästinensischen Guerillaorganisationen verlassen Amman und finden Duldung in Beirut.

Israel, 1971

Die israelischen *Black Panther* waren vor allem in den Jahren 1971-73 aktiv. Sie protestierten, zum Teil militant, gegen die Diskriminierung der jüdisch-orientalischen Bevölkerungsschichten durch das europäisch-stämmige Establishment. Teile von ihnen propagierten die Zusammenarbeit mit palästinensischen Gruppen. Aus der *Black Panther* Bewegung sind verschiedene politische Gruppen und Initiativen entstanden, die bis heute aktiv sind.

Olympisches Dorf München, 5. September 1972

Das Kommando *Schwarzer September* überfällt in den frühen Morgenstunden die israelische Olympiamannschaft und nimmt neun Sportler als Geiseln, »zwei israelische Sportler finden den Tod.«¹⁴

Mit der Aktion sollen 200 in Israel gefangene PalästinenserInnen freigepreßt werden. Entgegen der Zusage des damaligen Innenministers Genscher werden das Kommando und seine Geiseln nicht auf den Zivilflughafen in München gebracht, von wo aus sie in ein arabisches Land hätten ausfliegen wollen, sondern auf den Natoflughafen Fürstenfeldbruck gelotst. Scharfschützen des Bundesgrenzschutz eröffnen das Feuer, ein Hubschrauber explodiert.

Alle Geiseln sowie acht Kommandomitglieder kommen um. Es hat sich ein halb- oder nichtwissender Konsens in der Bevölkerung – zu der ich mich auch zähle – gebildet, der da besagt, das Kommando habe die Sportler umgebracht. In der Chronik »Eretz Israel. Das Zwanzigste Jahrhundert« des israelischen Historikers Mordechai Naor steht zum 5. September 1972: »Palästinensische Terroristen vom ›Schwarzen September‹ töten elf israelische Sportler bei der Olympiade in München.«¹⁵ Naor begründet dies mit der Aussage, es seien nicht alle Kommandomitglieder von den deutschen Scharfschützen umgebracht worden, die Überlebenden hätten die Explosion des Hubschrauber, in dem sich die Geiseln befanden, ausgelöst.

Von Seiten der Bundesregierung hatte die Absicht bestanden, der Welt zu zeigen, daß es in der BRD friedliche olympische Spiele geben könne, die Olympiade 1936 sollte quasi neutralisiert werden. Die RAF hat sich im November 1972 in einer langen Erklärung zu den Vorkommnissen am 5. September geäußert; sie war nicht an der Aktion beteiligt, fühlte sich aber der palästinensischen Befreiungsbewegung verbunden.

»1. Imperialismus

Antiimperialistischer Kampf

Die Aktion war antiimperialistisch

Die Genossen vom Schwarzen September haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 – als die jordanische Armee 20 000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin zurückgetragen, wo dieses

Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland – früher Nazideutschland – jetzt imperialistisches Zentrum. Dahin, von wo aus die Juden in West- und Osteuropa nach Israel auszuwandern gezwungen worden sind – dahin, wo man zuerst vom Raub palästinensischen Landes profitieren wollte – dahin, von wo Israel sein Wiedergutmachungskapital bezog und bis 1965 offiziell Waffen – dahin, wo der Springerkonzern Israels Blitzkrieg im Juni 1967 als antikommunistische Orgie gefeiert hat; dahin, von wo aus Husseins Armee mit gepanzerten Fahrzeugen, Karabinern, Maschinenpistolen und Munition versorgt wird; dahin von wo aus alles versucht wird, die arabischen Regierungen mit Entwicklungshilfe, Ölabbkommen, Investitionen, Waffen und diplomatischen Beziehungen gegeneinander auszuspielen, sie alle gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Dahin, von wo der Imperialismus – wenn anders er die arabischen Befreiungsbewegungen nicht zur Unterwerfung erpressen kann – seine Bombengeschwader gegen sie starten wird: Westdeutschland – München – Natoflughafen Fürstenfeldbruck.

[...]

4. Die antiimperialistische Aktion

Das Massaker

Brandt, Genscher, Merck, Schreiber, Vogel, Daume, Brundage und wie die Charaktermasken des Imperialismus alle heißen, haben keine Sekunde lang daran gedacht, die Forderungen der Revolutionäre nach Freilassung der Gefangenen zu unterstützen. Sie haben, noch bevor Golda Meir überhaupt benachrichtigt war und Stellung genommen hatte, schon nur und ausschließlich darüber nachgedacht, wie sie die Revolutionäre am besten – mit Gas oder Sturmtruppen oder Polizeischützen oder wie nun – massakern könnten. Alle Aufschübe des Ultimatums, das sie mit Lügen und falschen Versprechungen erreicht haben, diente ihnen nur zu einem ausschließlichen Zweck: für die Vorbereitung des Massakers Zeit zu gewinnen. Sie hatten nur ein Ziel, nur ja den Mosche-Dayan-Faschismus – dem Himmler Israels – in nichts nachzustehen. Die Dokumentation des Bayrischen Innenministeriums vom 7. September über den Ablauf der Ereignisse – als erste Dokumen-

tation immer noch ungeschminkter als das, was danach kam, besteht aus nichts anderem als Gewinsel und Beteuerung, daß man doch in Wirklichkeit genauso ein Schwein sei wie Mosche Dayan, alles genauso gedacht war wie sein heimtückisches Vorgehen gegen die Flugzeugentführer von Tel Aviv, das man wirklich alles getan hat, die Revolutionäre ebenso viehisch in die Falle zu locken, doch leider, leider ...

Daß Genscher soweit gegangen ist, den Austausch der Geiseln für den 6. September um 8 Uhr in Kairo zu versprechen, verschweigen die westdeutschen Dokumentationen – das hat erst der Leiter der ägyptischen Delegation bei den Olympischen Spielen mitgeteilt.

Entsetzt ist das imperialistische Ausland nur über die Unfähigkeit der Deutschen, wieder einmal nicht nur die Kommunisten, sondern die Juden gleich mit liquidiert zu haben.

Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik. Sie benutzt München eben grade nicht als Vorwand, wenn es jetzt palästinensische Dörfer bombt – es tut, was es sowieso tut als imperialistisches System: Es bombt gegen die Befreiungsbewegung. Es bombt, weil die arabischen Völker die Aktion des Schwarzen September begriffen haben, weil die Aktion von den Massen verstanden worden ist: daß ihr Feind nicht nur Israel ist, daß ihr Feind der Imperialismus ist, daß nicht nur Israel blutrünstig ist, nicht nur die USA gegenüber Vietnam, sondern der ganze Imperialismus gegen alle Befreiungsbewegungen, daß es ohne antiimperialistischen Kampf keinen Sieg im Volkskrieg gibt.

[...]

Schwarzer September

An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt. Sie haben ihr Leben eingesetzt, um ihre Genossen zu befreien, sie wollten nicht töten. Sie haben ihr Ultimatum mehr als aufgeschoben. Sie haben angesichts der unnachgiebigen Haltung Israels vorgeschlagen, die israelischen Geiseln als Gefangene zu behalten. Die israel-

lischen Geiseln waren mit diesem Ausweg einverstanden. Sie sind von den deutschen Behörden genauso getäuscht worden wie die Revolutionäre. Die deutsche Polizei hat die Revolutionäre und die Geiseln massakert. [...]«¹⁶

Infolge des Massakers in München werden in der BRD die *Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA)* und die *Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS)* verboten.

Die Aufstellung von Spezialeinheiten zur »Terrorismusbekämpfung« wird beschlossen und der Haushaltsausschuß genehmigt die Einrichtung von fast 200 Planstellen für den Aufbau einer Sondereinheit des BGS, der GSG 9.

Israel, Frühjahr 1973

Meine erste Israel-Reise, an die ich mich erinnern kann. Wir treffen ständig viele Leute, es werden Sprachen gesprochen, die ich nicht verstehe, alle sind sehr nett zu mir. Ich darf meinen Vater nicht Papa nennen, muß ihn auf Hebräisch ansprechen: Abba. Die Erklärung, die ich dafür bekommen haben, ist, daß ein lautes Rufen auf deutsch (ich konnte auf Hebräisch nur Abba und Tiras, Mais, sagen) eventuell von einer/m KZ-Überlebenden gehört werden könnte und es für diesen Menschen verletzend, wenn nicht traumatisch wäre, mich nach meinem Vater rufen zu hören. Ich war schlecht, meine Anwesenheit irgendwie konspirativ.

Tel Aviv/Jerusalem, 6. Oktober 1973

Ägyptische und syrische Einheiten greifen Israel an seinem höchsten jüdischen Feiertag, Yom Kipur, an. An diesem Tag ist aus religiösen Gründen jede Art von Arbeit untersagt, das Militär ist nur aufs Mindeste besetzt, das Land quasi lahmgelegt. Bis heute hält sich bei großen Teilen der Bevölkerung sowohl in der BRD als auch in Israel der Mythos, daß Israel unvorbereitet angegriffen worden sei. Der Angriff

an zwei Fronten am höchsten jüdischen Feiertag, gilt er als besonders feindlich. Diese Anschauung hält sich, obwohl selbst die damalige israelische Ministerpräsidentin, Golda Meir, bei einer Ansprache an die Bevölkerung anderes sagte:

»Bürger von Israel, heute gegen 14 Uhr haben die Armeen Syriens und Ägyptens einen Krieg gegen Israel eröffnet. Unsere Feinde hofften, Israel am Yom Kipur zu überraschen ... Sie glaubten, daß wir am Yom Kipur nicht zurückschlagen würden. Doch wir waren nicht unvorbereitet.«¹⁷

Der Angriff konnte nicht unvorbereitet kommen. Israel hat sich – bis heute – geweigert, die am 22. November 1967 verabschiedete UN-Resolution 242, in der der Sicherheitsrat zum wiederholten Male den sofortigen Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten verlangt, umzusetzen. In Folge dessen ist es immer wieder zu bewaffneten Grenz-kämpfen sowie zu israelischen Luftangriffen auf Syrien, den Libanon und sogar Libyen gekommen. Nachdem die USA im Juli 1973 eine UN-Resolution blockiert, die den Rückzug Israels und die Anerkennung der legitimen Rechte der PalästinenserInnen fordert, und im August ein israelischer Plan zum Ausbau jüdischer Siedlungen entlang den Grenzen von 1967 veröffentlicht wird, ist die Lage im Nahen Osten bereits mehr als gespannt. Auf einem Gipfeltreffen in Kairo einigen sich Ägypten, Jordanien und Syrien auf gemeinsame Standpunkte im Nahostkonflikt. In Folge des Treffens nehmen Ägypten und Syrien ihre diplomatischen Beziehungen zu Jordanien wieder auf, die sie aufgrund erneuter Angriffe Husseins auf palästinensische Guerillas im Juli 1971 abgebrochen hatten.

Israel nimmt Meldungen über einen geplanten ägyptischen und/oder syrischen Angriff nicht ernst. Noch am Morgen des 6. Oktober verlangt Generalstabschef David Eleazar die Genehmigung für einen präventiven Erstschlag, Ministerpräsidentin Meir und Verteidigungsminister Dayan lehnen ab.

Revolutionärer Zorn in der BRD, Mai 1975

Im *Revolutionären Zorn* Nr. 1, der ersten Ausgabe ihrer Zeitung, veröffentlichen die *Revolutionären Zellen (RZ)* die »RZ Anschlagstafel 1973-1975«, in der sie die Bereiche ihrer Aktionen wie folgt beschreiben:

- » [...]
- antiimperialistische Aktionen, Aktionen gegen die Beteiligung der USA, ITT am Putsch in Chile, gegen die chilenischen Faschisten in der BRD und Westberlin;
- Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD;
- Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollen, die ihre Feinde bestrafen und angreifen.«¹⁸

Zwischen 1974 und 1979 kommt es zu fünf Anschlägen gegen »Komplizen des Zionismus in der BRD«: auf die Maschinenfabrik Korf in Mannheim, »die zu $\frac{3}{4}$ im Besitz der Zionisten ist«; das EL-AL¹⁹-Büro in Frankfurt, »wegen der Völkermordstrategie der Zionisten gegenüber den Palästinensern«; auf die Vorführung des Films »Unternehmen Entebbe«, weil er den Angriff des israelischen Militärs auf das von deutschen und palästinensischen GenossInnen entführte Flugzeug verherrlicht; gegen die israelische Import-Gesellschaften Agrexco²⁰ und Hameico, um Israels Ökonomie an einem empfindlichen Punkt zu treffen.

»Aktion gegen die Import-Firma HAMEICO Frankfurt (Juni 1979)
Zum Sprengstoffanschlag auf die Lastwagen eines Vertriebsmonopolisten für israelische Früchte und Gemüse auf palästinensischem Boden haben wir heute die Firma HAMEICO attackiert, um unseren praktischen Widerstand zu setzen gegen den nicht enden wollenden faschistischen Genozid am palästinensischen Volk. Dieser alltägliche Völkermord, dessen Blutlinie von den Massakern à la Kafr Kassem bis zu den aktuellen Fliegerangriffen auf palästi-

nensische Flüchtlingslager ungebrochen ist, findet derzeit einen neuen Höhepunkt in den vertraglichen strangulierungsversuchen von Camp David. Politisch abgesichert durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundesregierung, die den Holocaust an den Palästinensern im 30. Jahr ihres Bestehens vor allem materiell durch gewaltige Kredite an Sadat garantiert, die über die gewerkschaftliche Bank für Gemeinwirtschaft einem zionistischen Staat alle Hilfe gibt, dessen Instruktoren und Waffen die faschistischen Regimes in Nicaragua, Südafrika, Argentinien etc. an der Macht zu halten versucht. In Ansehung gerade der Opfer von Auschwitz ist eine Verdrängungsleistung à la Holocaust-Spektakel nur dazu angetan, von den aktuellen Verbrechen abzulenken. [...]«²¹

Wien, OPEC-Konferenz, 21. Dezember 1975

Ein palästinensisch-deutsches Kommando greift die OPEC-Konferenz an und nimmt mehrere Minister als Geiseln, um materielle und ideologische Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf zu erreichen. Drei Sicherheitsbeamte werden bei der Aktion getötet, das deutsche Kommando-Mitglied Hans-Joachim Klein wird durch einen Querschläger verletzt. Nach Verhandlungen kann das Kommando frei abziehen und nach Algerien ausfliegen. Im Frühjahr 1977 veröffentlicht der *Spiegel* einen Brief von dem RZ-Mitglied Hans-Joachim Klein, in dem er seinen Ausstieg aus der Guerilla erklärt und sich vom bewaffneten Kampf distanziert. Ferner beabsichtigt Klein, mit dem Brief zwei von den Revolutionären Zellen geplante Attentate auf die Leiter der jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt zu verhindern. Mit den Texten »Die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter« vom 24. Mai 1977 und »Hunde, wollt ihr ewig bellen« vom 25. November 1978 nehmen die RZ Stellung zu den Vorwürfen Kleins, die er in einem ausführlichen Interview mit der französischen Zeitung *Libération* im Oktober 1978 bekräftigt hatte. In einer der Stellungnahmen heißt es:

»[...] Mit uns als wirkliche Menschen, als real existierender, kämpfender Gruppe, mit den politischen Inhalten, mit der Logik der Stadtguerilla wird sich nicht auseinandergesetzt – z. B. Galinski: ihr [die Linken, I.N.] fährt auf HJKs [Hans-Joachim Klein, I.N.] Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist als nur ›jüdischer Gemeindevorsitzender‹, und: was man in einem Land wie dem unseren dagegen machen kann. Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner. [...]«²²

Worum geht es bei der Solidarität mit Palästina? Die Begründung für die Aktionen fußt in jedem Fall auf dem Kampf gegen den Imperialismus der BRD, und zumindest rhetorisch geht es auch immer um die Solidarität mit sämtlichen revolutionären Befreiungsorganisationen. Gemeinsame Kommandos und eine gemeinsame Ausbildung gibt es jedoch nur mit den PalästinenserInnen. Worin besteht die Solidarität? Was sind das für Kontakte? Ist es die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, das Interesse am Alltag der Unterdrückten oder die nahe liegende Möglichkeit, eine einigermaßen gute militärische Ausbildung zu bekommen? Inge Vielt, Mitglied der *Bewegung 2. Juni* und später kurzzeitig in der *RAF*, erhielt ihre Ausbildung in einem palästinensischen Lager im damals sozialistischen Südjemen. Die Illegalität zwang sie natürlich immer wieder dazu, die BRD zu verlassen. Die arabische Welt, vor allem der Libanon, der Irak und der Südjemen waren immer wieder Ziele.

»[...] Wenn es uns gelingt, Jussuf zu überreden, uns mit ins Dorf zu nehmen, ist das ein aufregender Ausflug in die Fremde und eigentlich nicht erlaubt. Wir verbergen uns dann sorgfältig unter den traditionellen Fedajin-Tüchern und lassen nur die Augen frei. Das ist über die Tarnung hinaus auch eine notwendige Vorsorge gegen den feinen durchdringenden Wüstensand. Um uns nicht als Euro-

päerinnen zu verraten, bleiben wir im Auto und sprechen nicht. Nur unsere neugierigen Augen folgen dem bewegten Treiben im Dorf, während die Genossen handeln, Waren einladen und den wunderbaren jemenitischen Tee trinken: ein stark gewürztes und gesüßtes Getränk aus schwarzem Tee, Milch, Kardamon und anderen orientalischen Gewürzen. Was für die Menschen dort alltäglich ist, erleben wir als außergewöhnliche, exotische Kulisse. Die Jemeniten sind für das Auge schöne, zierliche Menschen und strahlen ein taktvolles, zurückhaltendes Selbstbewußtsein aus. [...]«²³

Im Dezember 1991 veröffentlicht eine Gruppe der Revolutionären Zellen einen Text zum Tod von Gerd Albartus.²⁴ Gerd Albartus war Mitglied der *RZ* und unterhielt enge Kontakte zu palästinensischen Gruppen im Libanon, mit denen die *RZ* zusammenarbeitete. Dem Wissensstand der Gruppe nach wurde er bereits im November oder Dezember 1987 von der palästinensischen Gruppe ermordet.

»[...] Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben – sie liegen jenseits seiner Person. Im Gegenteil – es gehört zu den makaberen Parodien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift. Unser Wissen über diese Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen zu ihr gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen haben. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, übersehen wir nicht. [...]«²⁵

Doch was waren die Motive der Guerillieras und Guerilleros aus der BRD, sich mit dem palästinensischen Widerstand zusammenzuschließen? Die Lebenswelten und die politische Realität des Volkes, für dessen Selbstbestimmung sie eintraten, scheinen ihnen immer fremd geblieben zu sein. Inge Viett beschreibt eine exotische Kulisse, gespickt mit, durchaus rasekundlich zu nennenden, Aussagen über die/den JeminitIn an sich. Die *RZ* überschauen nicht, ob sich die Zusammenhänge der palästinensischen Einheiten im Libanon geändert haben, obwohl sie sich ausrechnen können müßten, daß zwischen 1976²⁶ und 1991 die israelische Libanoninvasion stattgefunden hat, deren Anliegen es war, die palästinensischen Strukturen zu zerstören. Was »gelungen« ist.

In dem Gerd-Albartus-Text schreiben die AutorInnen an anderer Stelle:

»[...] Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung [die Selektion, I.N.] erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen – sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, die nicht hätten passieren dürfen.
[...]«²⁷

Es ist gut, einen Text zu haben, der sich im Rückblick kritisch mit Entebbe auseinandersetzt, mitzubekommen, wie innerhalb verschiedener Gruppen der *RZ* die Selektion diskutiert wurde und was den Diskussionen folgte. Dennoch, als ich den Text vor einigen Jahren das erste Mal lesen wollte, habe ich ihn wutentbrannt in die Ecke geschmissen. Erst für dieses Buch habe ich ihn wieder aus dem Regal gezogen

und mich mit ihm versöhnt. Zur Zeit des 2. Golfkrieges war die Palästina-Solidarität in aller Linker Munde, die ganzen Phrasen über das Leid der Menschen dort (wo denn?), die Unterstützung des Kampfes usw. Dann der Albartus-Text, vier Jahre nach Gerd Albartus Tod sind Trauer und Wut über den Mord an dem Genossen so gewaltig, daß es nicht möglich ist, die Beziehung zu den palästinensischen Einheiten nur im Ansatz in die Selbstkritik einzubeziehen. Es geht in Ansätzen um die Reflexion der eigenen Revolutionsromantik, mit keinem Wort jedoch darum, wie die palästinensischen GenossInnen die Zusammenarbeit mit der bundesdeutschen Stadtguerilla wohl erlebt haben mögen. Welche Grenzen vielleicht verletzt wurden und ob es überhaupt eine Verständigung gegeben hat. Inge Viett schreibt wiederholt von Übersetzungen, die sie bekommen hat.

Gab es neben der Möglichkeit der Kampfausbildungen in palästinensischen Lagern keine Schulungsalternativen bei anderen Befreiungsarmeen? Vielleicht. Vielleicht gab es die eine oder den anderen, die ihre Ausbildung bei anderen Befreiungsarmeen bekommen haben, es war aber nie von (linkem) öffentlichem Interesse.

Süd-Libanon, 15. März 1978

Israelische Truppen besetzen den Süd-Libanon, sie dringen bis zum Litani-Fluß südlich von Beirut vor.

Argentina-Grundschule, Jerusalem, Frühsommer 1979

Ein Junge aus meiner Klasse hat sich in mich verliebt, wir sind in der 5. Klasse. Ich finde ihn aufdringlich, nervig, blöd. Ich fühle mich sündig. Was soll ich tun, nicht irgendein Junge drängt sich mir auf, sondern ein jüdischer. Inmitten der jüdisch-israelischen Gesellschaft durchaus naheliegend. Ich bin deutsch und will ihn nicht, und nun? Ich muß Abba sagen oder Ima, Mutter, um niemanden in ein Trauma zu versetzen, wenn ich mich an meine Eltern wende. Ich überlege mir, ob

meine Lage einfacher wird, wenn ich die Arme der Menschen untersuche und dann entscheide, ob und wie eine Kontaktaufnahme mit meinen Eltern in der Öffentlichkeit möglich ist. Und nun soll ich mit diesem Idioten aus meiner Klasse umgehen. Niemanden vertraue ich mein Geheimnis an, daß ich, die Deutsche, einen jüdischen Jungen doof finde. Als ich nur noch weinend in die Klasse gehe und meine Freundin hartnäckig genug insistiert, erzähle ich ihr das unaussprechliche und ... mehrere Mädchen sagen ihm die Meinung, er läßt mich in Ruhe, und ich war gar kein Nazischwein. Diese Erleichterung trägt wesentlich zur Herausbildung meines politischen Verstandes bei, ich frage mich ernsthaft, was Jüdisch-Sein mit nett oder blöd, schön oder häßlich, klug oder dumm zu tun hat. Das Ergebnis meiner kindlich-philosophischen Studien ist eindeutig: Nichts.

Nativ ha-Shayyara, Galiläa, Israel, Juni 1981

Wir haben Sommerferien und gehen morgens zu einer Ferienfreizeit im Park von Achsiv. An der Grenze zum Libanon wird es unruhig, die ersten Katjuscha-Raketen fallen. Wir werden in Bussen nach Hause geschafft, entkommen nur knapp einer Bombe. Die folgenden Tage sind langweilig, wir dürfen nicht raus, müssen in Bunkernähe im Haus bleiben. Manchmal stehen wir Kinder uns bei Alarm nach drüben zu den Nachbarn. Von deren Dach aus können wir die Raketen fliegen sehen. Wir schließen Wetten ab, wo die Raketen fallen und hören uns die Ergebnisse später im Radio an. Die Angst vor lautem Knall kam Jahre später.

Fallingbostel, 1981

Zum ersten Mal rufen autonome Gruppen zu einer Antifa-Demonstration gegen einen Fascho-Aufmarsch (in Fallingbostel) auf. In der Folge bilden sich bundesweit autonome Antifa-Gruppen, explizite Antifapolitik beginnt eine Rolle zu spielen. Zu der Zeit sind autonome Gruppen in den Bereichen des Widerstandes gegen Atomkraft und die wei-

tere Aufrüstung der NATO aktiv, in der Soliarbeit zu Mittelamerika, Südafrika und Palästina sowie im Häuserkampf.

Die autonome Antifa bezieht sich in ihren Auseinandersetzungen hauptsächlich auf die Gegenwart, recherchiert zur Neuen Rechten, zur Verquickung zwischen der offiziellen Politik und der Neuen Rechten und greift Nazis und ihre Zusammenhänge an. Daß es keine »Stunde Null« gegeben hat ist allen klar. Historisch wird der Bezug zur Antifaschistischen Aktion, der antifaschistischen Selbstorganisation in Berlin, und teilweise zur KP in der Weimarer Republik hergestellt. Die Zeit dazwischen, die berühmte tabuisierte, ist in der Antifa natürlich offensiver allgegenwärtig. Aber doch kein Thema. Als würde Antifa die Auseinandersetzung ersetzen.

Im Laufe der 80er Jahre verändert sich die Rhetorik gegenüber Israel, wird milder. Das hat sicherlich auch mit den Ernüchterungen und den Rückschlägen der radikalen Linken durch den Deutschen Herbst 1977 zu tun. Die Linke war geschwächt, eine neue Generation »rückte nach«.

In dieser Zeit, 1979, verläßt Lea Fleischmann, eine deutsche Jüdin, die Bundesrepublik. In ihrem Buch *Dies ist nicht mein Land. Eine Jüdin verläßt Deutschland* erläutert sie ihre Entscheidung. Kurze Zeit darauf, 1981, verläßt Hendryk Broder, ein jüdischer linker Journalist, ebenfalls die Bundesrepublik – unter öffentlicher Anklage des Antisemitismus in der Linken. 1986 erscheint sein Buch *Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*. Damit scheint er in ein Wespennest zu stechen. Anfang der 90er sagte ein Antimp einmal zu mir: »Broder, das war mal ein Linker«. In ihrem Vorwort zu *Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina* bezieht auch die Redaktion »Arbeiterkampf« Stellung:

»Nie seien sich die deutschen Linken so einig wie gegen Israel, pflegt der israelische Journalist Hendryk Broder, einer der maßgeblichen Propagandisten der These des »linken Antisemitismus«, zu behaupten. Das wird man wohl als die Meinung eines Mannes nehmen müssen, der zwar selbst ein exzellenter Kritiker der israel-

lischen Verhältnisse ist, aber mit *fremder* Kritik an seinem Land generell sehr schlecht umgehen kann.

Die Tatsachen widerlegen Broders These jedenfalls eindeutig: Mit kaum einem internationalen Thema tun sich die deutschen Linken so schwer, wie mit dem Konflikt Palästina/Israel. [...]«²⁸

Daß Broder 22 Jahre lang in der BRD gelebt hat und diese verließ, weil er sie nicht mehr ertragen konnte, er also seine Kritik nicht aus der Ferne übt, diese Information enthalten die AutorInnen den LeserInnen vor. Bewußt?

Bezeichnenderweise habe ich beide Bücher. Noch nicht ganz gelesen. In Broders *Ewigem Antisemiten* las ich zu der Zeit, als ich in der autonomen Antifa aktiv geworden bin, besser: bis ich in der autonomen Antifa aktiv geworden bin. Als ich dann belehrt wurde, daß es linken Antisemitismus nicht gäbe²⁹, legte ich das Buch zur Seite. Bis heute. Wie dem auch sei, beide Bücher haben Aufsehen erregt, beide haben zu einer differenzierten Wahrnehmung der historischen und aktuellen politischen Situation in der BRD beigetragen.

Im Zuge der eben beschriebenen Entwicklungen verliert der linke Antisemitismus seine Brutalität und Einfachheit. Es gibt jedoch keine Auseinandersetzung mit seinen Strukturen. Antisemitismus wird subtil.

Libanon, 6. Juni 1982

Im andauernden Kampf gegen die palästinensische Guerilla und als Antwort auf deren Angriffe im Vorjahr beginnt die israelische Armee ihre Offensive »Friede für den Galillä« und marschiert erneut im Libanon ein. Bereits neun Tage später stehen israelische Truppen vor Beirut. Sie zerschlagen die PLO-Infrastruktur. Unter Aufsicht multinationaler Truppen beginnt die PLO ab dem 21. August ihren »Auszug« aus Beirut und verlagert ihre Zentrale nach Tunis.

Am 17. Und 18. September verüben christliche Milizen mit Wissen und unter den Augen der israelischen Armee ein Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila.

Ab Juli finden in Tel Aviv Anti-Kriegsdemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmenden statt, zu denen die sozialdemokratisch orientierte Friedensbewegung *Peace Now* aufruft.

Der Libanonkrieg endet fast zeitgleich mit dem Beginn der Intifada. Israel hat sich jedoch eine sogenannte Sicherheitszone im Süd-Libanon eingerichtet.

Westjordanland, 9. Dezember 1987

»Die *Intifada*, der Aufstand der Palästinenser, verwandelte Konzept und Praxis des palästinensischen Widerstands von einem bewaffneten Kampf zu einer allgemeinen und weitgehend zivilen Gehorsamsverweigerung. Der Schwerpunkt verlagert sich von einer Führung im Exil zu einem besetzten Volk, und aus der Rebellion wurde langsam der Aufbau einer Nation.

Die *Intifada* gab der politischen Agenda der Palästinenser den erforderlichen Impuls für die ›Friedensoffensive‹ oder ›Friedensinitiative‹, wie sie dann genannt wurde. Am 5. November 1988 trat das im Exil gebildete palästinensische Parlament, der palästinensische Nationalrat oder PNC, in Algier zusammen und proklamierte den unabhängigen Staat Palästina; dabei wurde eine Resolution verabschiedet, die tatsächlich die ›Zwei-Staaten-Lösung‹ annahm – was explizit die Anerkennung Israels als einen der beiden Staaten neben dem Staat Palästina bedeutete. Der Weg zu dieser Lösung, so lautete der Vorschlag, sollte über Verhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz mit Unterstützung der UNO führen. So wurde die ›militärische Option‹ begraben, und die politische Alternative wurde zu einem lebensfähigen und legitimen Unternehmen. Über die ganze Welt verstreut wurden in Anwesenheit verschiedener dritter Parteien eine Reihe von Sondierungsgesprächen geführt, um die Option der Verhandlungen zu ›normalisieren‹ und ihre Aufgabenbereiche festzulegen«³⁰.

»Eine jüdische linke Aktivistin in Israel zu sein, war nie besonders bedrohlich. Selbst Organisationen, die vom Establishment als ex-

trem radikal angesehen wurden, wurden nie als Bedrohung vernommen. Obwohl wir häufig Schikanen ausgesetzt waren, wie auf die schwarze Liste gesetzt zu werden oder Jobs verweigert zu bekommen oder unerfreuliche Verspätungen und Durchsuchungen am Flughafen hinnehmen zu müssen, im allgemeinen behandelten die Machthabenden uns als Teil der Familie, allerdings als schwarze Schafe.

In schwindelerregendem Tempo verlieh der Ausbruch der Intifada den Ereignissen eine neue Dimension. Innerhalb der Friedensbewegung waren bezüglich der aktiven Verweigerung des Militärdienstes in den Besetzten Gebieten neue Töne zu hören. Jüdische Intellektuelle begannen über Formen des zivilen Ungehorsams und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, sogar im weitesten Sinne – wie ökonomisch, sozial und mehr – zu sprechen. Die Atmosphäre änderte sich von der Solidarität mit den PalästinenserInnen in den Gebieten hin zu einer Unterstützung der Intifada. Die AraberInnen in Israel veranstalteten am 21. Dezember 1987 die Peace Day Demonstrationen (ein Generalstreik in Solidarität mit der Intifada), die vergleichbar waren mit den Konfrontationen, die man aus den Gebieten kannte, zum Beispiel in Nablus oder Gaza. [...]»³¹

Während dessen diskutieren GenossInnen in der BRD über ihre Solidarität mit der Intifada. Ein Beispiel aus Hamburg:

»[...] Zitat [aus der Stellungnahme des KB: ›Warum wir nicht an der Demonstration teilnehmen-]: *»Die Palästinenser erreichen ihr Ziel nur gemeinsam mit dem jüdischen Volk in Israel.«* *»Der politische Kampf der Palästinenser muß in erster Linie der Kampf um Bündnispartner sein, und in diesem Fall konkret: Kampf zur Schaffung eines Bündnisses zwischen palästinensischen und jüdischen Werktätigen.«*

Die Frage, ob der palästinensische Widerstand es in der heutigen Phase zu seinen wesentlichen Zielen erklären muß, im feindlichen Lager, oder auch in der israelischen Bevölkerung nach Bündnispartnern zu suchen, ist zuletzt durch den PNC in Algier beant-

wortet worden. Der Standpunkt des Nationalrates ist, »den Kontakt zu israelischen demokratischen Kräften zu entwickeln, die den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die Besatzung und die israelische Expansion und um die Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und der Errichtung eines Staates ebenso anerkennen, wie die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes.«

Oder anders, wer sich die Untersuchung von Bassam Shiran über palästinensische Kinder und Jugendliche ansieht, stellt fest, daß sie in der Frage Zionismus und Judenfrage einen höheren Bewußtseinsstand haben, als manche Linke in diesem Land.

[...]

Autonome Nahostgruppe Hamburg«³²

Berlin, 9. November 1989

Die Mauer fällt.

Berlin, 9. November 1990

Die deutsche Nation ist wieder wer und feiert den Jahrestag des Mauerfalls. In diesem Jahr wird der Pogromnacht am 9. November 1938 von offizieller Seite noch gedacht, in den Jahren danach soll sie nur noch erwähnt werden. Der Novemberrevolution, dem ArbeiterInnen- und Soldatenaufstand vom 9. November 1918, der zum Ende der Wilhelminischen Monarchie geführt hat, gedenken schon lange nur noch die ganz komischen Kauze.

Bagdad, 17. Januar 1991

US-amerikanische Bomber fliegen die ersten Angriffe auf Bagdad, der 2. Golfkrieg beginnt.

Mit Beginn der Krise, die durch den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait ausgelöst wurde, beginnt der irakische Staatschef Saddam Hussein die Rechte für die PalästinenserInnen einzufordern und prangert die israelische Politik der Mißachtung von UNO-Resolutionen an. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Verletzung der Rechte Palästinas eine Verletzung arabischer Rechte sei, entspricht dies einer »Tradition« der arabischen Staaten. Arafat reist nach Bagdad und läßt sich beim Bruderkuß mit Saddam filmen. Auch dieser israelischen Regierung gelingt es, die israelische und die westliche Öffentlichkeit in der Überzeugung zu vereinen, daß ein zweiter Holocaust bevorstehe. Und wenn der Irak seine Drohung, Giftgasraketen einzusetzen wahr machte, dann mit deutschem Gas. In der BRD formiert sich eine riesige Friedensbewegung, wir führen uns auf, als stünde ein Angriff auf uns selbst kurz bevor. Da bleibt wenig Raum, Zeit und Energie für die Emphathie mit den wirklichen Opfern des Krieges. Israel und Palästina stehen im Mittelpunkt des Interesses der Friedensbewegung, es entbrennt ein ungestümer Streit um die Positionierung - wie immer: ganz oder gar nicht - die Friedensbewegung spaltet sich. Die Reihen ziemlich fest geschlossen, ist der schwarze Block eindeutig in seiner Solidarität zu Palästina. War eigentlich Krieg im Irak?

»Redebeitrag von Autonomen und AntiimperialistInnen aus Münster zu Israel und dem Vorwurf des ›Antiamerikanismus‹. Gehalten am 31.01.91 während der Antikriegsdemo in Münster.

Zu Israel

In diesen Tagen ist wieder vermehrt die Rede von der besonderen deutschen Verantwortung, der moralischen Verantwortung der Bundesrepublik. In der Tat haben wir eine besondere Verantwortung. An den Juden und Jüdinnen ist im deutschen Faschismus ein Unrecht und eine Unmenschlichkeit begangen worden, die mit Worten nicht zu beschreiben ist.

Bezieht sich unsere Verantwortung deshalb ausschließlich auf Juden und Jüdinnen?

Muß sich unsere Verantwortung nicht auf alle Unterdrückten und Verfolgten beziehen?

Muß sie nicht gleichermaßen für JüdInnen und PalästinenserInnen gelten?

Geschichte ist keine Aneinanderreihung von Einzelereignissen, aus denen wir Lehren ziehen, die nur auf Wenige Anwendung finden. Moral wird da fragwürdig, wo sie sich isoliert auf Juden und Jüdinnen richtet.

Der Irak hat mit von deutschen Firmen produziertem Giftgas Tausende Kurden und Kurdinnen ermordet. Hat die Bundesregierung den Kurden und Kurdinnen deshalb umgehend 250 Mio. DM zu Verfügung gestellt? Ist deshalb auch nur ein Politiker nach Kurdistan geflogen?

Die Sinti und Roma, die vom faschistischen Völkermord im 3. Reich ebenso betroffen waren wie die Juden und Jüdinnen, sind in diesen Tagen von der Abschiebung aus NRW bedroht, bzw. werden viele bereits abgeschoben. Gilt die besondere deutsche Verantwortung nicht einmal gegenüber anderen unmittelbaren Opfern des Faschismus?

Zum Teil dieselben SPD-Politiker, die in Israel mit scheinbarer Betroffenheit, von moralischer Verantwortung reden, haben diese Abschiebungen beschlossen.

Sollte uns diese zweigeteilte Moral nicht zu denken geben? Fällt nicht auf, daß von dieser Moral diejenigen ausgeschlossen werden, die unbequem sind und den Herrschenden nicht in ihr Konzept passen? Ist es wirklich Zufall, daß es die Sinti und Roma, die Palästinenserinnen und Palästinenser, die Amazonasindianerinnen und viele andere mehr sind, auf die diese Moral nicht angewandt wird? [...]

In diesem Sinne sind wir antizionistisch und solidarisieren uns mit den antizionistischen Kräften in Israel. Denn eine der Ursachen für den israelisch-arabischen Konflikt ist der Zionismus, der aus seinem Selbstverständnis heraus alle nicht-jüdischen Menschen ausgrenzt. Wer heute einseitige Solidarität mit Israel fordert, der verwechselt Ursache und Wirkung in diesem Konflikt.

Niemand kann wollen, daß Raketen, eventuell mit Giftgas bestückt, auf Tel Aviv fallen. Israels Sicherheit ist aber nicht durch Patriot-Abwehrraketen, sondern nur durch die sofortige Beendi-

gung des Krieges zu gewährleisten. Die Sicherheit Israels ist untrennbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verbunden. Dies muß im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz mit Beteiligung der PLO und einer kurdischen Vertretung garantiert werden.

[...]«³³

Warum ist es so wichtig, die Opfergruppen des Nationalsozialismus gegeneinander auszuspielen? Die fabrikmäßige Vernichtung von Jüdinnen und Juden zu verharmlosen? Die irakischen Giftgasbomben auf das kurdische Halabscha mit Auschwitz zu vergleichen, ist idiotisch und geschichtslos. Wir haben den Redebeitrag lange im Plenum diskutiert. Mein Unbehagen konnte ich damals nicht pointiert vorbringen, und ich ließ mich durch die rhetorische Solidarität mit nicht-zionistischen Israelis und die, für einen Redebeitrag, differenzierten Aussagen über Zionismus und Israel überzeugen, obwohl ich aus verschiedenen Gesprächen über Israel wußte, daß es nicht nur keine persönlichen Verbindungen zu den nicht-zionistischen AktivistInnen in Israel gab, sondern die Gruppen selbst nicht einmal bekannt waren.

Diejenigen, die mich beim Schreiben dieses Kapitels begleitet haben, es immer wieder lasen und mit mir diskutierten, fanden die Informationen interessant, neu, gerade die über die israelische Linke. Einer sagte, die Infos seien sehr interessant, würden die Verhältnisse in ein anderes Licht stellen. Dann, selbstironisch: »Was hat mich während der Intifada Israel interessiert? Wir waren ja solidarisch mit Palästina.«

Als würde unser Wissen um Verbrechen, die deutsche Regierungen und Firmen außer der planmäßigen Vernichtung von Jüdinnen und Juden begangen haben, uns die Auseinandersetzung mit der Shoa »ersparen«. Die Überbetonung der Verantwortung gegenüber den anderen – und späteren – Opfern gipfelt zuweilen in der Aussage, wir hätten gerade den PalästinenserInnen gegenüber eine besondere Verantwortung, da sie auch Opfer der deutschen Vernichtungspolitik seien. Warum? Weil Israel aufgrund der Shoa entstanden sei und die PalästinenserInnen deshalb litten. Gäbe es sonst keinen Anlaß, die legitimen Rechte der PalästinenserInnen einzufordern?

Die Diskussion über die politische Verantwortung, die sich aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus ableitet, ist in der BRD nie wirklich - und schon gar nicht in der breiten Öffentlichkeit - geführt worden. In Israel, das sich in seinem Selbstverständnis gern als das »Land der Opfer« darstellt, wird seit einigen Jahren vehement über die Schlüsse debattiert, die aus den Lehren der Shoa zu ziehen seien, was auch mit der Art, in der alle bisherigen Regierungen die Shoa funktionalisiert haben, zu tun hat. Die einen sagen »so etwas darf uns nicht wieder passieren« und rechtfertigen damit die aggressive Politik des Staates. Die anderen sagen »so etwas darf nie wieder passieren, niemanden« und opponieren daher u.a. gegen die Politik, die Israel seit seiner Gründung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung betreibt.

Welche Fragen müßten wir, die im »Land der Täter« leben, diskutieren? Können wir Fragen stellen, solange wir uns beharrlich weigern, die Geschichte zu kennen, zu akzeptieren und Wege zu finden mit der (geerbten) Schuld zu leben? Bisher scheint es geglückt, fast nahtlos von dem Mythos der »Stunde Null« zur »Schlußstrich-Debatte« überzugehen.

Soll Antisemitismus sichtbar gemacht werden, ist eine Überbetonung seines Unterschieds zum Rassismus³⁴ sicherlich sinnvoll. Wenn wir jedoch bei der Frage danach sind, was wir tun können, dann wäre es fatal zu ignorieren, daß jeder Form von Diskriminierung immer ein mangelndes Selbstbewußtsein und -vertrauen der Diskriminierenden zugrunde liegt. Wer kennt nicht den Satz »Gehorsam ist des Bürgers erste Pflicht«. Oder den: »Das ist so, da kann man nichts machen«.

In dem Vorwort für die deutsche Übersetzung des Kinderbuchs *Die Maus, das Monster und ich*³⁵, das Geschichten und Übungen zur Stärkung des Selbstbewußtseins beinhaltet, erklärt die Autorin Pat Palmer den Kindern, worum es in dem Buch geht und schreibt:

»Wir haben bei uns in Amerika einen Namen dafür, den es in deiner Sprache nicht gibt: ASSERTIVENESS - das ist mehr als Selbstbewußtsein.«

Die in Köln lebende Künstlerin Tanya Uri setzt sich in ihrem Werken auf sehr persönliche Art und Weise mit der Shoa und ihren Auswirkungen auf die nächsten Generationen auseinander. In ihren Vortrag *Clash of Symbols*³⁶ berichtet sie über ihre Erfahrungen in der Bundesrepublik:

»Many German men called me ›Amazonen‹, it seems that there is no German word for the assertive Woman«.

Wir müssen und können lernen, Hochmut und Selbstbewußtsein auseinanderzuhalten sowie laut und deutlich nein zu sagen, wo wir Verletzungen der Menschenrechte wahrnehmen, wo auch immer, auch bei uns.

Moskau, 1. Januar 1992

Gorbatschow gibt die Auflösung der Sowjetunion bekannt. Die Welt ist monopolar.

Yarmuk, Damaskus, Syrien, März/April 1992

Yarmuk ist das bedeutendste palästinensische Flüchtlingslager in Syrien, Sitz der oppositionellen PLO-Gruppen, der PFLP, PFLP-GC und DFLP³⁷, es heißt, es lebten dort 1.000.000 Menschen, ganz genau weiß es niemand. Feindesland. Feindesland? Ich übertrete die Grenze zwischen der Türkei und Syrien in größter Angst, habe ich doch ein Bild von SyrerInnen, als seien sie nicht wirklich Menschen. Natürlich weiß mein Intellekt, daß dies von der israelischen Propaganda herrührt, mit der ich aufgewachsen bin. Aber wir wissen alle, wie es funktioniert mit den Stereotypen. Ich will einen Sprachkurs besuchen, mit meinem Studium weiterkommen. Das geht in Kairo und in Damaskus, Damaskus ist mir näher – emotional. Dort, in Yarmuk, lebt gerade ein Freund aus Münster, bei ihm kann ich wohnen, ich fahre mit einer Freundin, ich fühle mich »abgesichert«. Nach einigen Tagen der Eingewöhnung

in Aleppo bewege ich mich frei, ich habe keine Angst mehr, an mir unbekanntem Merkmalen als zionistische Feindin erkannt zu werden. Zynischerweise freuen sich viele Leute Deutsche zu treffen, wir seien ja Freunde, wir wüßten schon ..., wegen Hitler ...

Ich erzähle wenig von mir, es ist gefährlich. Da ich als Kind meinen Namen für den Gebrauch in Deutschland fürchterlich fand, verlangte ich von meinen Eltern, sich eine Alternative zu überlegen. Einverstanden erklärte ich mich mit Joschka. Doschka wurde daraus in Yarmuk. Doschkas, das sind die mobilen Abschußrampen für die Katjuschas, die mir einige Jahre zuvor um die Ohren geflogen sind. Also Doschka für die FreiheitskämpferInnen Palästinas, ja, ich hatte eine Vorstellung davon, um was es geht. Einer von ihnen hat mich einige Jahre später, nachdem er in die BRD geflohen war, gefragt, welche Länder ich in meinem Leben bereist hätte, er wußte offensichtlich von meinem Leben in Israel. Ich hätte gerne mit ihm über die Doschkas und Katjuschas gesprochen – er hatte mir früh erzählt, daß auch er sie abgeschossen hatte. Er wußte sehr genau, daß ich ihn dafür nicht anklagte, auch wenn ich Angriffe auf die Zivilbevölkerung ablehne. Wir beide wissen, warum es den bewaffneten Kampf um Palästina gibt, wir beide unterstützen ihn im Grundsatz. Er wandte sich ab, direkt gesprochen haben wir nie.

Im Yarmuk führen wir abends immer wieder Gespräche über das Traumland Palästina, zwei Stunden Autofahrt entfernt und unerreichbar. Alle haben gekämpft, manche tun es noch. Sagen sie. Mythisieren sie. Was erfahre ich über den palästinensischen Freiheitskampf in Zeiten politischen Tauwetters? Die beiden Pole: Der eine versucht, den Kampf zu entmythisieren, bezeichnet ihn als Selbstläufer, als ziellos, als Phase beendet. Ihm wird nicht zugehört, er ist eh eigenartig, schwärmt immer von Hölderlin ... Der andere ist die Woche über in Beirut, es heißt, er sei Kämpfer. Was tut er in Beirut? Und wo kämpft er? Welchen Kampf? Er lebt vom Zigarettschmuggel und vom Kampf. Er hat schon für unterschiedliche palästinensische Guerillagruppen gekämpft, je nachdem, wo er was verdienen konnte. Er gehört zur PFLP, kämpft jedoch gerade in einer konservativen Einheit der Fatah, aber immer: palästinensischer Kampf. Ist er nicht eigentlich Söldner?

Ost-Jerusalem, 13. September 1993

Arafat und Rabin schütteln sich unter Aufsicht von Clinton das erste Mal öffentlich die Hände und unterzeichnen das Grundsatzabkommen zwischen Israel und der PLO, das irgendwann einmal zum Frieden führen soll. Viele sprechen von der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Frieden, die erste:

Die Stimmung im palästinensischen Teil Jerusalems ist an diesem Abend ein seltsames Wechselspiel von An- und Entspannung, von Hoffnung und Mißtrauen, von pro und contra. Sekunden nachdem die Erklärung unterzeichnet ist, die ungleichen Partner, Rabin und Arafat, sich die Hände geben haben, erschallen Hupkonzerte und Hunderte von palästinensischen Fahnen wehen. Spannung, deren Stille das Hupen zu ersticken scheint, Spannung – noch immer ist kein Schuß zu hören! Frieden? Entspannung. Tränen. Friedenshoffnungen für diesen Abend.

Ich bin in Ost-Jerusalem, für eine ganze Zeit. Für meine Magistraarbeit muß ich unzählige Seiten arabischer Primärquellen bearbeiten und nehme mir eine Lehrerin. Das war eine ganz gute Begründung, in Ost-Jerusalem, also im palästinensischen Teil der Stadt zu wohnen. War es nötig? Gewiß nicht, ich wohnte an der grünen Grenze und erledigte meine meisten Angelegenheiten im Westen, also im israelischen (jüdischen) Teil der Stadt, der Stadt eines Teils meiner Kindheit. Warum also der Osten? Meine Kritik an der israelischen Politik war und ist scharf, meine Solidarität für die Rechte der PalästinenserInnen definitiv. In der Szene hieß es bis vor einiger Zeit nicht ›jemand fährt nach Israel, vielleicht noch ›jemand fährt nach »Israel«, es hieß ›sie oder er fährt nach Palästina‹ oder zumindest ›nach Israel/Palästina‹. Die Israelis sind die Bösen, die PalästinenserInnen die Guten – und wir sind ja auch die Guten. Was machte ich also bei den Bösen? Niemand warf mir wirklich – oder offen – vor, daß ich nach Israel fuhr, aber ich fühlte mich unbehaglich. Also, warum sollte ich in Israel sein, wenn ich Hilfe brauchte, mir ein arabisches Buch zu erschließen? Warum in ein

x-beliebigen arabisches Land fahren, wenn ich mich doch in Palästina/ Israel bewege, wie ein Fisch im Wasser? In Palästina wie ein Fisch im Wasser? *Nein*. Meine Sozialisation ist zu israelisch, als daß es nicht absurd angemutet hätte, daß ich mich in Ost-Jerusalem einquartiere. *Irgendwie ja*, weil ich zu den Guten gehören will. Es hat etwas von einer Demonstration gegenüber meinen israelischen FreundInnen, daß sie mich alle in einem palästinensischen Hotel anrufen müssen. Und nicht auszudenken, die Leute an der Rezeption, die alle kein Hebräisch sprechen und immer selbstverständlich hebräisch sprechende AnruferInnen für mich an der Strippe haben. Durch diese Aktion bin ich nicht besser geworden, schlauer ja, aber besser – niemals! Ich war nicht solidarischer als sonst, eher das Gegenteil. Ich habe andere benutzt, um mein deutsches Problem zu lösen. Mich zu positionieren, entweder – oder, ganz oder gar nicht, gut oder schlecht. Heute fahre ich ganz »normal« nach Israel, ich lebe in der Gesellschaft, in der ich aufgewachsen bin, besuche die FreundInnen, die mir wichtig sind und pflege Arbeitskontakte. Bei all dem spielt es keine Rolle, wohin ich fahre. Ich hasse Checkpoints und laufe gerne in dünnen Kleidchen rum, ich passiere Checkpoints und kleide mich angemessen.

Sowohl von israelischen als auch von palästinensischen FreundInnen habe ich schon zu hören bekommen, daß die Deutschen sich noch wegen Israel und Palästina streiten werden, wenn schon lange Frieden ist.

Als ich im Oktober nach Münster zurückkomme, will kaum jemand wirklich wissen, was sich an diesem Abend in der symbolträchtigsten Stadt Palästinas zutrug. Die, denen ich, die Hasserin jeglicher Fahnen, von meinen Tränen beim Anblick des Fahnenmeeres erzähle, verstehen nicht. So nah ist uns Palästina.

Buslinie 5, West-Jerusalem, 21. Februar 1995

Frieden, die zweite:

Ein als israelischer »Soldat« verkleideter Selbstmordattentäter steigt in den Bus. Auf arabisch fordert er die palästinensischen Fahrgäste auf, den Bus an der nächsten Haltestelle zu verlassen, bis auf einen tauben Alten folgen alle der Anweisung. So selbstverständlich ist Apartheid in Israel. Der Soldat/Selbstmordattentäter zündet die Bombe, es gibt zahlreiche Tote und verletzte Israelis.

Dies hat mir ein Freund erzählt, einen Teil der Geschichte, den ich noch nicht kannte. Ich frage ihn, ob nicht zumindest ein/e Israeli/n protestiert hätte, ob nicht jemand aus Solidarität den Bus auch verlassen habe. Er sieht mich an, lacht, sagt, er habe über diese Möglichkeit noch nicht nachgedacht.

El-Azeriya, West Bank, 12. Juli 1998

Frieden, die dritte:

In West-Jerusalem findet das 15. Jerusalemer Film Festival statt, meine Freundin und ich verabreden uns für einen gemeinsamen Filmbesuch. Sie muß eine Karte vorbestellen (ich bin akkreditiert). Früher ist sie nach West-Jerusalem gefahren, wann immer sie Lust hatte, ob Ausgangssperre oder nicht. Sie rief an: Irit, ich will dich sehn, laß uns in Ben Jehuda³⁸ Kaffee trinken. Keine Stunde später ist sie da.

Seit die Rede von Friedensverträgen ist, dürfen die BewohnerInnen der West Bank nicht mehr nach Jerusalem kommen, »einreisen«, wie auch immer. Ich kannte also meine Freundin als eine, die solche Verbote ignoriert, sich ihren Bewegungsradius so groß wie irgend möglich hält. An diesem Tag sitzt sie in ihrer Küche und bittet mich, die Karte auf meinen Namen zu bestellen. Sie würde als Palästinenserin erkannt werden, des Namens und des Akzentes wegen (sie hat Hebräisch gelernt, um einen Schritt auf die israelische Gesellschaft zuzugehen). Sie könne eventuelle ne-

gative Reaktionen nicht mehr aushalten. Das Leuchten aus ihren Augen ist erst in den letzten drei Jahren erloschen.

Nativ ha-Shayyara, 20. Juli 1998

Frieden, die vierte:

Das Haus meiner Kindheit und Jugend. Früher arbeiteten in den Gewächshäusern Palästinenserinnen, jetzt treffe ich neue Gesichter - aus Thailand. Als während der Intifada die ArbeiterInnen aus der West Bank und Gaza streikten, wurden in Israel Überlegungen angestellt, »GastarbeiterInnen« aus dem Fernen Osten und aus Afrika einzukaufen. Sie sind jetzt da. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten auf über 60% gestiegen. Die Gäste aus Thailand, den Philippinen und anderswo dürfen für zwei Jahre bleiben. Ihre Pässe müssen sie beim Arbeitsministerium abgeben, das macht auch die Verträge mit den ArbeitgeberInnen. Die müssen »ihren Thailandis« eine Schlafstätte, einen Sack Reis und ein geringes Taschengeld im Monat zur Verfügung stellen. Hier schlafen die fünf Thailandis in dem ehemaligen Pausenraum der palästinensischen Arbeiterinnen. Die haben jetzt geheiratet und die eine, die vertrauteste, die putzt auch weiterhin das Haus. Was ich daran schrecklich fände, fragt mich die Frau, die lange Jahre eine Ersatzmutter für mich war. Sie würden ihnen helfen zu überleben, den Thailandis, zu Hause hätten die ja nichts.

In Tel Aviv richten die ÄrztInnen für Menschenrechte eine mobile Behandlungsstation für die Kinder der »GastarbeiterInnen« ein. Kinder waren im Vertrag nicht vorgesehen, sie sind illegal.

Was ist geworden, aus unserer Solidarität mit Palästina? Der Kritik an Israel?

Seit dem 2. Golfkrieg und der Auflösung der Sowjetunion hat sich die Solidarität der radikalen Linken, was nationale Befreiungsbewegungen angeht, zunehmend von Palästina nach Kurdistan verlagert. Immer

wieder ist zu hören, daß GenossInnen aktiv am Kampf der PKK zur Befreiung Kurdistans und in Kurdistan selbst teilnehmen.

Bedingt durch die Intifada hat sich der Blick auf Palästina zunehmend von den Flüchtlingslagern in den arabischen Ländern auf die West Bank und Gaza gedreht. Die Verhandlungsgespräche zwischen Israelis und PalästinenserInnen haben zur Folge, daß sich die früher klar wirkenden Fronten verschoben zu haben scheinen. Eine einfache Positionierung wie in den 70er und 80er Jahren »ist nicht mehr möglich«. Gleichzeitig ist die Situation der PalästinenserInnen in der West Bank und Gaza desolater denn je.

Die Zustände dort anzugreifen, heißt aber nicht, nur die israelische Politik, sondern auch die der PLO-Führung grundsätzlich zu hinterfragen, beziehungsweise die PLO eindeutig für ihre Menschenrechtsverletzungen, die bis hin zur Todesstrafe reichen, anzuklagen.

Und wer sind die, die noch Widerstand leisten? Besonders tut sich die islamistische Hamas hervor, genauer: deren militärischer Arm. Für uns radikale Linke in der BRD, die wir uns in den allermeisten Fällen als atheistisch begreifen, scheint eine solche Solidarisierung nicht nur aus grundsätzlichen antireligiösen Erwägungen ausgeschlossen, sondern auch aufgrund der repressiven Einstellung der Hamas gegenüber Frauen. Und niemand wird bestreiten können, daß die anti-islamische Hetze, die mit dem 2. Golfkrieg in der westlichen Welt einen mächtigen Aufwind bekommen hat, spurlos an ihr oder ihm vorbeigegangen sei.

Einen differenzierten Blick auf die Hamas zu werfen, fällt aus der Ferne schwer und erfordert eine sehr genaue Kenntnis der palästinensischen Gesellschaft.

Radikale Linke in Israel wurden früher, als die PLO noch illegal war und Kontakte zu ihr unter Strafe standen, Ashafnik, PLOnik, genannt, heute sind sie Hamasniks.

Der Antisemitismusvorwurf an die deutsche Friedensbewegung während des 2. Golfkrieges und die Veröffentlichung des Textes *Gerd Albrecht ist tot* von einigen RZ im Dezember 1991, in dem sie sich sehr selbstkritisch mit ihrer antizionistischen Politik auseinandersetzen, haben eine Debatte um Antisemitismus und teilweise um das Verhältnis zu Israel ausgelöst, die bis heute andauert.

Wodurch ist diese Debatte gekennzeichnet?

Sie ist ruhiger und bedächtiger als die bisherigen Diskussionen um Israel und Palästina. Es geht in der Regel um die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhältnis zu Israel. Israel als Symbol, nicht zu verwechseln mit einer Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft Israels. Dabei stehen Aufklärung und Information über die Geschichte der radikalen Linken – manchmal ein Füllen von Erinnerungslücken – im Mittelpunkt des Interesses. In Ansätzen geht es manchmal auch um Geschichte, Politik und Gesellschaft Israels. Das kenne ich aus Gesprächen, und ich lese es in der linksradikalen Presse. Ihren eigenen Anteil an den antisemitischen Strukturen der Szene verstecken die AutorInnen jedoch in aller Regel hinter einer sehr abstrakt analytischen Sprache³⁹, der Hervorhebung des brutalen Antisemitismus der 70er Jahre oder einem zynischen Sprachgebrauch, der versucht, jegliche Nähe zur eigenen Person zu negieren. Ingrid Strobl findet in der Vorbemerkung zu ihrem Text *Das unbegriffene Erbe* folgende Formulierung:

»Vorbemerkung: Ich habe diesen Text in der dritten Person verfaßt, ich schreibe von ›den deutschen Linken‹, ›einem großen Teil der deutschen Linken‹, etc. Ich hätte diesen Text ebenso in der ersten Person verfassen können, da ein Teil des hier Kritisierten auch auf mich selbst zutrifft, das heißt, auf die Politik, die ich vor Jahren einmal vertreten habe. Ich habe mich trotzdem für die ›unpersönliche‹ Variante entschieden, da, wie gesagt, nur ein Teil und nicht alles auf meine damalige Haltung zutrifft, vor allem aber, weil durch die Form der ersten Person das hier Gesagte allzu leicht als meine rein persönliche Angelegenheit mißverstanden werden könnte. Damit würde aber übersehen, daß es sich bei dem Gesagten tatsächlich um ein weitverbreitetes Phänomen handelt, das einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Linken betraf oder immer noch betrifft.«⁴⁰

Welcher Teil des Gesagten auf sie zutrifft, verrät Strobl nicht. Es wäre sicher interessant gewesen, nicht um ihre Schlechtigkeit unter Beweis zu stellen, sondern um Wege der Auseinandersetzung und Veränderung aufzuzeigen.

Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus selbst sowie dem subtilen und alltäglichen Antisemitismus in der Gesellschaft, in der wir leben, fehlt jedoch weiterhin. Israel bietet nach wie vor die Projektionsfläche für die Auseinandersetzung. Vor der Konfrontation mit den harten Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft scheuen jedoch die allermeisten zurück.

Im Rahmen der *Israelischen und Palästinensischen Filmtage Münster*, die 1998 unter dem Titel *50 Jahre Israel – 50 Jahre Palästina. Eine gemeinsame Geschichte* stattfanden, organisierte ich eine Ausstellung des Künstlers Meir Gal⁴¹, die *Sklaven, Wilde, Primitive: Rassismus im Heiligen Land* hieß. Hauptteil der Ausstellung sollte die Installation *The Flying Donkey of the Messiah* sein, die die verachtende Haltung des ashkenazischen⁴² Establishments gegenüber den neu eingewanderten Jüdinnen und Juden aus den arabischen Ländern Anfang der 50er Jahre thematisiert. Dafür hat Gal Kleidungsstücke und Decken mit Zitaten von israelischen Politikern, die für die Einwanderung zuständig waren, bedruckt. Sonst gibt es keinen Text innerhalb des Kunstwerkes. Die Zitate lesen sich z.B. so:

»... Wir müssen die primitive Mentalität von vielen der Immigranten aus unterentwickelten Ländern neu ordnen ... Um ihre Mentalität zu verstehen, sollte sie mit dem primitiven Ausdruck von Kindern, Zurückgebliebenen und geistig Gestörten verglichen werden ... sollten wir den primitiven Familien die Erziehung ihrer Kinder entziehen ... die Antwort ist negativ ... die Unvermeidlichkeit dessen, daß das Kind in seiner primitiven Familie nicht die Hilfsmittel bekommen wird, die es benötigt, um sein Wesen als Mensch herauszubilden, rechtfertigt seine Herausnahme nicht ...«⁴³

Die Installation war für die Limbus Galerie in Tel Aviv konzipiert, die in einem Bunker liegt. Wir haben uns entschlossen, die Ausstellung auch in Münster in einem Bunker stattfinden zu lassen. Es ging uns darum, die absurde Feierstimmung anlässlich des 50-jährigen Bestehens Israels in der BRD zu durchbrechen. Es schien, als feierten viele Deutsche einen weiteren Schlußstrich, so etwas wie die Erleichterung darüber, daß doch noch einige Jüdinnen und Juden lebten und wir uns

dann auch nicht mehr so viel Sorge machen müssten. In Israel schmunzelten viele über den Feiereifer in der BRD und waren der Meinung, daß es ganz sicher nichts zu feiern gäbe.

Mit der Ausstellung hätten wir einen Teil der Auseinandersetzung, die innerhalb Israels zur Zeit eine bedeutende Rolle spielt, für das bundesrepublikanische Publikum zugänglich machen können.⁴⁴

Wie reagierten FreundInnen aus der »Szene« auf mein Vorhaben? Niemand war begeistert. Alle fanden das Thema interessant, warnten mich aber. Wovor? Daß die Ausstellung falsch verstanden werden könne, daß FaschistInnen sie für sich vereinnahmen könnten, daß ich den Druck nicht aushielte ... Natürlich hatte ich auch Angst vor der Durchführung (was in Israel niemand verstand), ich hielt die Ausstellung politisch aber für richtig. Für die Verkitschung und die Liebelei gegenüber Israel, die seit einiger Zeit in gemäßigter Form auch bei radikalen Linken einsetzt, gibt es in der BRD einzig einen innenpolitischen Grund. Es ist notwendig, daß sich die ganzen ExpertInnen der Realität stellen, der Realität Israels. Mir sagen Israel-LiebhaberInnen aller Couleur immer wieder, daß ich mit meiner Kritik an Israel wirklich recht hätte, ich dürfe sie auch äußern, im Gegensatz zu ihnen. Ich sei ja Jüdin. Ich kann hundert Mal sagen, daß dem nicht so ist, es ändert nichts an dem Bedürfnis, ein Ventil für die eigene irrationale Wut auf das Symbol Israel zu finden.

Die Zurückhaltung der (ehemaligen) Szene gegenüber der Ausstellung hat mich gefreut und geärgert. Gefreut hat mich, daß sich niemand mehr mit diesen haßerfüllten Gesten und Genugtuung auf das Thema gestürzt hat. Diese Zeiten scheinen vorbeizugehen. Geärgert hat mich, daß die Zurückhaltung bei den meisten von einem schlechten Gewissen gegenüber dem eigenen Handeln in der Vergangenheit hergerührt hat, nicht von einer Reflexion des eigentlichen Themas der Ausstellung. Das ist ein weiteres Zeichen dafür, daß es früher nicht um die Menschen in Israel und Palästina ging, sondern um antisemitisch motivierte Genugtuung an der menschenverachtenden Palästinapolitik Israels.

Über Palästina habe ich übrigens nichts mehr gelesen, nichts gehört.

Um Ideen für den Aufbau dieses Textes zu bekommen, bat ich eine Freundin, die sich nie für unsere Politik interessiert hat, Fragen zu äußern, die sie an den Text hätte: Wie kann man Israel kritisieren, ohne gleich antisemitisch zu sein?

Anmerkungen

- 1 Ashrawi, Hanan: Ich bin in Palästina geboren. Ein persönlicher Bericht. München 1997, S. 17 und 27f. **Hanan Ashrawi** wird 1991 als Leiterin der Palästinensischen Delegation bei den Nahost-Friedensverhandlungen in Madrid international bekannt. Sie wird palästinensische Bildungsministerin, legt jedoch aus Protest gegen Arafats autokratischen Führungsstil und die Korruption in der Autonomiebehörde ihr Amt nieder. Heute leitet sie das *Komitee für Menschenrechte* in Ost-Jerusalem, das auch gegen die palästinensischen Menschenrechtsverletzungen kämpft.
- 2 Naor, Mordecai: Eretz Israel. Das Zwanzigste Jahrhundert. Tel Aviv 1996, S. 385
- 3 Davis, Uri: Crossing the Border. An Autobiography of an Anti-Zionist Palestinian Jew. London 1995, S. 94. **Uri Davis** ist radikaler linker Aktivist, der Israel in den 70er Jahren verlassen hat. Es folgt eine enge Zusammenarbeit mit der PLO, in deren Auftrag er das Büro des Jerusalem & Peace Service in London aufbaut. Er lehrt Politik des Mittleren Ostens an der Universität von Durham.
- 4 Bis zur Anerkennung der PLO durch Israel 1993 waren Kontakte zu PLO-Mitgliedern für Israelis strafbar. Da die PLO illegal war, war jede/r PalästinenserIn ein potentielles Mitglied, womit die israelische Regierung quasi alle Kontakte zwischen Israelis und PalästinenserInnen kriminalisieren konnte.
- 5 Michel »Mikado« Warschawski: The Long March Towards Israeli-Palestinian Cooperation. In: Hurwitz, Deena (Hrsg.): Walking the Red Line. Israelis in Search of Justice for Palestine. Philadelphia 1992. Entgegen der in den Text eingefügten Erläuterung von D. Hurwitz zu Matzpen hat es seit 1967 auch andere linksradikale Gruppen und Initiativen gegeben. Matzpen ist jedoch ungenommen die bedeutendste. »**Mikado**« ist Leiter des *Alternaive Information Centre Jerusalem/Bethlehem*.
- 6 Meinhof, Ulrike: Drei Freunde Israels. In: Dies. Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin 1980, S. 102. **Ulrike Meinhof** war Gründungsmitglied der RAF.
- 7 Schalom + Napalm. Flugblatt der Schwarzen Ratten TW, November 1969. Zitiert nach Baumann, Bommi: Wie alles anfang. (Erstauflage 1976) Rotbuch 1998, S. 76f. TW = Tupamaros Westberlin. **Bommi Baumann** lebte eine Zeitlang in der Kommune 1, war Haschrebell und Mitbegründer der *Bewegung 2. Juni*.
- 8 Vergleiche den Text über die autonome Antifa.
- 9 ebd. S. 47
- 10 Jeshuv ist die jüdische Besiedlung in Palästina vor der Proklamation Israels
- 11 Segev, Tom: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung. Hamburg 1995, S. 35f. **Tom Segev** ist israelischer Journalist und bedeutender Vertreter der *Neuen HistorikerInnen*.
- 12 Selbstverständlich gingen sie nicht alle nach Palästina/Israel, es waren ca. 1.000.000
- 13 Seit dem Juni-Krieg war es nie zu einem wirklichen Waffenstillstand gekommen. Der von den USA entwickelte *Rogers-Plan* sah die Einhaltung der UN-Resolution über einen Waffenstillstand von mindestens einem Jahr vor, um die Vermittlungsversuche des Sonderbeauftragten Jarring für Friedensgespräche zu erleichtern.

- 14 Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. Bundesrepublik Deutschland (BRD) Rote Armee Fraktion (RAF). Köln 1990, S.30
- 15 Naor, Mordecai, S. 419
- 16 Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des Anti-imperialistischen Kampfes. Die vollständige Erklärung findet sich in: ebd. S. 31-40
- 17 zitiert nach Naor, Mordechai, S. 426
- 18 Revolutionärer Zorn Nr. 1, zitiert nach Redaktionsgruppe Früchte des Zorns: Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Berlin 1993, S. 88
- 19 staatliche israelische Fluggesellschaft
- 20 Bei der Aktion wurden Orangen mit Quecksilber »ungenießbar gemacht«. Dem ging eine Aktion palästinensischer Tagelöhner auf israelischen Plantagen voraus, bei der sie Quecksilber in das Obst gespritzt haben, damit es aus dem Handel genommen werden mußte. Die PLO distanzierte sich von der Aktion.
- 21 Zitiert nach Redaktionsgruppe Früchte des Zorns, S. 133. Mit Holocaust-Spektakel ist die US-amerikanische Fernsehserie Holocaust gemeint.
- 22 Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter. Zitiert nach Redaktionsgruppe Früchte des Zorns, S. 194 f
- 23 Viett, Inge: Nie war ich furchtloser. Autobiographie. Hamburg 1997, S. 164f.
- 24 Von einigen Gruppen innerhalb der radikalen Linken wird der Text als Beginn einer Auseinandersetzung um eigenen Antisemitismus begriffen.
- 25 Gerd Albartus ist tot. In: Redaktionsgruppe Früchte des Zorns: Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Berlin 1993, S. 22. Der leicht gekürzte Text ist im Anhang nachzulesen.
- 26 Nach der Selektion jüdischer Passagiere, die RZ-Kommandomitglieder bei der Flugzeugentführung nach Entebbe durchgeführt haben, haben sich einige Gruppen der RZ aus der Zusammenarbeit mit palästinensischen Einheiten zurückgezogen und sich mit der NS Zeit und jüdischem Widerstand befaßt. Siehe dazu den Albertus-Text im Anhang.
- 27 ebd. S. 25f
- 28 Redaktion »Arbeiterkampf«: Ein unvermeidlicher Streit. Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina. Hamburg 1988, S. 4
- 29 siehe *Linksradikal in nächste Jahrtausend* in diesem Buch
- 30 Ashrawi 1997, S. 8f.
- 31 Ben Efrat, Roni: Being a Jewish Opposition During the Intifada. In Hurwitz 1992, S. 146. **Roni Ben Efrat** ist Aktivistin der *Committees for Democratic Action* und Chefredakteurin der Zeitschrift *CHALLENGE A Jerusalem Magazine on the Israeli-Palestinian Conflict*.
- 32 Stellungnahme der *Autonomen Nahost-Gruppe*. Warum wir an der Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes festhalten werden! Oder Warum die Strategie des lang dauernden Volkskrieges nicht dadurch falsch wird, weil er zu lange dauert. In: Redaktion »Arbeiterkampf«: Ein unvermeidlicher Streit:

- Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina. Hamburg 1988, S. 15f. (auch Arbeiterkampf Nr. 291, Februar 1988)
- 33 dokumentiert in: Arbeitskreis Hintergründe Nahost. Krisen Konflikte Kriege. Golf und Nahost. Münster 1991.
 - 34 Zur aktuellen Auseinandersetzung über den Umgang mit Antisemitismus und Rassismus siehe die Kapitel »Autonome Antifa. Antisemitismus kein Thema?« und den Reisebericht der Gruppe demontage in diesem Band.
 - 35 Palmer, Pat: Die Maus, das Monster und ich. Donna Vita Verlag, Berlin 1993.
 - 36 Gehalten im September 1997 in Münster.
 - 37 Popular Front for the Liberation of Palestine, Popular Front for the Liberation of Palestine - General Command, Democratic Front for the Liberation of Palestine
 - 38 Einkaufszone in West-Jerusalem.
 - 39 Wie z.B. Haury, Thomas: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. Nachwort in Poliakov, Léon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus
 - 40 Strobl, Ingrid: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken. In: Antisemitismus in der linken. Dokumentation der Veranstaltungen vom 23.-27. Februar 1994 im Rahmen der »Blickwechsel-Kampagne gegen Rassismus« in der Roten Fabrik, Zürich
 - 41 **Meir Gal** wurde in Israel als Sohn jüdischer Eltern geboren, seine Familie lebt seit Generationen in Palästina. Seit er Israel 1980 verlassen hat, lebte er in Frankreich und England und hat sich 1986 in New York niedergelassen. Seine Arbeiten wurden in Galerien und Museen in Israel, Europa und den USA gezeigt.
 - 42 Ashkenazim sind die Jüdinnen und Juden, die aus Europa oder den USA stammen. Sie bilden bis heute die Führungselite in Israel.
 - 43 Aus Gal, Meir: The Flying Donkey of the Messiah. Alle Zitate sind nachzulesen in Segev, Tom: 1949. The First Israelis. (Englische Übersetzung) London, New York 1986. Das Buch ist nach der Öffnung der israelischen Parlamentsarchive Anfang der 80er Jahre erschienen und war in Israel ein Bestseller.
 - 44 Eine Stiftung hat in letzter Minute die zugesagte finanzielle Unterstützung zurückgezogen und wir mußten das Projekt kurzfristig absagen.